

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

# Volkswacht

Inserationsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozial. demokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 39.

Danzig, den 14. Mai 1913.

4. Jahrgang.

## Zum Landtagswahlkampf!

### Klar zum Gefecht!

Die Parteien haben ihre Vorbereitungen zu den Neuwahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus getroffen. Der Wahlkampf hat eingelebt, die Kandidaten sind aufgestellt und in wenigen Tagen schon wird es sich zeigen, welches Antlitz das neue Parlament tragen wird.

Groß werden die Veränderungen nicht sein. Voraussichtlich wird die Sozialdemokratie aus eigener Kraft einige Mandate aus ihrem alten Besitzstand hinzuerobern, während den bürgerlichen Parteien werden hier und da kleine Verschiebungen eintreten, aber im großen ganzen wird alles beim alten bleiben. Weder wird es gelingen, den Konservativen eine nennenswerte Schwächung beizubringen, noch wird es möglich sein, die Herrschaft des schwarzblauen Blochs in Preußen zu erschüttern.

Die Schuld an diesem beklagenswerten voraussichtlichen Resultat trägt die bürgerliche Linke, die zwar in schwülstigen Wahlausrufen gegen die konservativ-meritale Mehrheit vom Leder zieht, aber keinen Finger rührt, deren Einfluß zu brechen. Lieber noch ein Duzend Reaktionäre mehr als auch nur einen einzigen Sozialdemokraten! Lieber noch ein Duzend Wahlrechtsfeinde als auch nur einen einzigen Wahlrechtsfreund! Das ist das Leitmotiv derer um Friedrichberg nicht minder als derer um Wemmer, von diesem Gesichtspunkte haben Nationalliberalen und Fortschrittler sich bei ihrer Taktik leiten lassen.

Auf dem Papier nimmt es sich wunderschön aus, wenn der Wahlaufbruch der fortschrittlichen Volkspartei auf die großen Gefahren hinweist, die jede Unterstellung einer konservativen Wahl in sich birgt. Aber mit Redensarten allein ist es nicht getan. Das preussische Volk will Taten sehen, und gerade die führt der Fortschritt vermissen. Was nützt es, in dem Wahlaufbruch über den Freiheit und fortschrittsfeindlichen Geist zu wehklagen, der seit Jahrzehnten die preussische Gesetzgebung beherrscht? Was nützt es, auf die Notwendigkeit einer Aenderung des Kurzes in Preußen und einer freierlichen Ausgestaltung des Staatswesens hinzuweisen, wenn man anstatt mit denen, die das gleiche Ziel erstreben, gemeinsam zu marschieren, sich mit Freiheitsfeinden oder unzuverlässigen Kantontisten verbindet?

Eine Aenderung des Kurzes in Preußen ist nur möglich nach Befestigung des Dreiklassenwahlsystems. Deshalb wäre es ein Gebot politischer Klugheit gewesen, wenn alle wirklichen Wahlrechtsfreunde, unbeschadet der sonst zwischen ihnen bestehenden Gegensätze, eine geschlossene Front gegen die Rechte gebildet hätten. Zum mindesten aber wäre ein taktisches Zusammengehen zwischen den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten am Platze gewesen. Die Sozialdemokratie hat die Hand dazu geboten, der Fortschritt jedoch empfand es als eine beleidigende Zumutung, wenn man von ihm das Eintreten für eine der wichtigsten Forderungen seines Programms verlangte.

Das Wahlbündnis, das die Fortschrittliche Volkspartei mit den Nationalliberalen eingegangen ist, ist ein schwerer Fehler, der sich bitter am Liberalismus rächen wird. Gerade in der brennendsten innerpolitischen Frage nicht nur Preußens, sondern Deutschlands, gehen die Wege der Verbündeten weit auseinander. Die Fortschrittler haben die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen auf ihre Fahne geschrieben, die Nationalliberalen begnügen sich mit einer „maßvollen“ Reform des Dreiklassenwahlrechts, sie betonen, wie sie in ihrem Wahlaufbruch übersichtlicher Weise auf neuem Boden, die Einführung des gleichen Wahlrechts entschieden ab und verlangen vor allem direkte und geheime Wahl sowie die Befestigung der Drittelwahl in den Urwahlbezirken. Die Fortschrittler treten ein für eine den Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise, die Nationalliberalen verwerfen die „rein mechanische Einteilung der Wahlkreise nach der Volkszahl“ und verlangen bei ihrer Abgrenzung die Berücksichtigung von Land und Leuten. Das sind unüberbrückbare Gegensätze, und deshalb kann es nur zweierlei geben: entweder, das Bündnis ist nicht ehrlich gemeint, oder es ist dem Fortschritt nicht ernst mit seinem Wahlrechtskampf. Wir neigen der letzteren Ansicht zu und wir werden darin bestärkt durch den Passus des Wahlabkommens, wodurch sich beide Parteien verpflichten, mit keiner anderen Partei ohne Zustimmung der beiderseitigen Parteileitungen irgend welche Wahlabmachungen zu treffen. Dieser Passus richtet sich gegen die Sozialdemokratie, deren Bekämpfung ja auch auf dem jüngst in Hannover abgeschlossenen nationalliberalen Parteitag als notwendig betont wurde.

Was ist die Folge dieser unnatürlichen Bundesbrüderschaft sein? Die nicht ganz unbeträchtliche Anzahl von Wahlkreisen mit zwei und drei Abgeordneten, die durch ein Zusammengehen von Fortschritt und Sozialdemokratie der Reaktion entzogen werden könnten, in denen aber vereinigte Liberalen gegen die Reaktion nicht aufzukommen vermögen, werden den Konservativen bezw. dem Zentrum erhalten bleiben, andere Kreise, in denen die Sozialdemokraten den Ausschlag geben, werden den Fortschrittlichen nicht zu fallen. Gewiß ist das ein beklagenswertes Ergebnis, aber es hieße von den Sozialdemokraten übermenschliches verlangen, wollte man ihnen zumuten, für die, die sie so schände zurückgemiesen und die sich mit nationalliberalen Schamachern verbunden haben, die Kastranten aus dem Feuer zu holen.

Vielleicht läßt sich noch manches gutmachen, vielleicht ist das auferste noch zu vermeiden, sobald erst die Urwahlen hinter uns liegen und das Schlachtfeld zu übersehen ist. Beharrt der Fortschritt auch dann noch auf seinem Standpunkte, weigert er sich auch dann noch gegen entsprechende Gegenleistungen, der Sozialdemokratie die Mandate abzutreten, die ihr auf Grund ihrer beiden Urwahlen erlangenen Erfolge zustehen, dann trifft ihn und ihn allein die Schuld, wenn die Reaktion nicht geschwächt, sondern sogar noch gestärkt aus dem Kampfe hervorgeht.

Taktisch klüger als das der liberalen Minderheit ist das Vorgehen der konservativ-meritalen Mehrheit. Zwar wird das Re-

stehen eines schwarzblauen Blochs für Preußen bestritten, aber daß er tatsächlich existiert, beweisen nicht nur zahllose parlamentarische Vorgänge, sondern weit mehr noch die Vorbereitungen zum Wahlkampf. Die meisten Mandate, sowohl des Zentrums als der Konservativen, gehören zu deren sicherem Besitzstand und da, wo etwa ein Mandat von links her gefährdet ist, hat man Vorsorge getroffen, die Gefahr abzuwenden. Nicht ohne eine gewisse Berechnung kann man einwenden, daß dies Bündnis eigentlich noch viel unnatürlicher ist, als das zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen, denn, wenn konservative und Zentrum auch sonst in den meisten Fragen wie Schwefel und Blei zusammenhalten, so klafft doch in der Wahlrechtsfrage eine tiefe Kluft zwischen ihnen. Zu dieser Schlussfolgerung kann nur gelangen, wer das Zentrum nach seinem papierenen Programm beurteilt; wer sich aber nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten richtet, wer sich seines Zusammengehens mit den konservativen Wahlrechtsfeinden bei der Reichsmannschaft Wahlreform, wer sich der Abkommandierungen bei der Beratung des vorjährigen Antrages auf Einführung der geheimen und direkten Wahl erinnert, der wird über dies Bündnis nicht erstaunt sein. Zudem ist auch der Wahlaufbruch des Zentrums in dem entscheidenden Punkte so gehalten, daß kein konservativer Mann daran Anstoß nehmen dürfte. Kein Wort von der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, kein Wort gegen die öffentliche Stimmgabe, sondern lediglich das Versprechen, in der gleichen Richtung wie im Jahre 1910 für eine „Verbesserung“ des Wahlrechts einzutreten, d. h. nur solchen Reformen zuzustimmen, denen auch die Konservativen ihren Segen erteilen können.

So ist auch die Sozialdemokratie, wie so oft, so auch diesmal wieder auf sich allein angewiesen. Die Sozialdemokratie ist auch die einzige Partei, die den Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt des Wahlrechtskampfes führt. Und deshalb wird der Kampf, mag auch die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses von nun an bedeutend beeinflusst werden, doch nicht vergeblich gewesen sein. Der Kampf gegen das elende Dreiklassenwahlrecht wird neu belebt und neue Mühsalstreiter für die Befreiung Preußens werden gewonnen werden.

### Steigerung des Wohlstandes?

Jetzt, kurz vor der preussischen Landtagswahl, wird von der gegnerischen Presse eine Behauptung verbreitet, die leicht verwirrend wirken und deshalb nicht nachdrücklich genug zurückgewiesen werden kann. Sie ist um so gefährlicher, weil ihre Urheber, wie es scheint, im guten Glauben handeln und nur aus richtigen Zahlen falsche Schlüsse gezogen haben. Wir meinen die Behauptung, daß die Statistik der Einkommen in Preußen einen steigenden Wohlstand beweise, weil „nur noch“ 41,2 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen unter 900 Mark jährlich habe. Gewiß ist ja von der sozialdemokratischen Presse schon mit Recht hervorgehoben worden, daß auch diese Zahl schon einen haarsträubenden Zustand enthülle. Dennoch ist ein Gedankengang, wie der folgende (den wir z. B. in einer statistischen Studie von Dr. Mendelson, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Wachen, finden), wohl geeignet, Eindruck zu machen.

Dr. Mendelson führt dem Sinne nach aus: im Jahre 1895 gehörten in Preußen zu d. Einkommensklasse unter 900 Mark 21 200 000 Personen = 68,7 Prozent der Bevölkerung, 1905 nur noch 20 500 000 Personen = 56,5 Prozent der Bevölkerung, 1911 nur noch 16 400 000 Personen = 41,2 Prozent und bemerkt dazu:

„Das charakteristische Ergebnis der Tabelle ist, daß die Bevölkerung, deren Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt, fortwährend absolut wie relativ abgenommen hat. Die Einkommensgruppen mit über 900 Mark Jahreseinkommen haben dagegen sämtlich sowohl absolut wie relativ zugenommen. . . . Diese Zahlen . . . dürften den volkswirtschaftlichen Beweis dafür erbringen, daß unser Zeitalter . . . ein Zeitalter der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des gesamten Volkes ist.“

Dieser Trugschluss aus so beruhendem Munde ist, wie gesagt, gefährlich. Ein Trugschluss ist es, weil ja hier die Steigerung der Preise gänzlich außer Acht gelassen ist. Im Jahre 1895 bedeuteten 900 Mark weit mehr als im Jahre 1911, weil man weit mehr dafür kaufen konnte. Schließlich kommt es doch nicht auf die Geldsätze an, die jemand als Lohn bekommt, sondern auf das, was er dafür kaufen kann. Und das ist eben im Laufe der Jahre sehr viel weniger geworden. Es genügt, an die Feststellungen Calwers zu erinnern, die bisher, soviel wir wissen, nirgend auch nur bestritten worden sind, und die ja aus alter Gewohnheit gerade bei den bürgerlichen Parteien ein großes Ansehen genießen. Calwer hat die Lebensmittelpreise aus 190 deutschen Orten gesammelt und hat danach berechnet, daß das, was eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern notwendigster Weise an Essen und Trinken braucht, im Jahre 1911 pro Woche 23,50 Mark kostete. Dann sind die Preise andauernd gestiegen, und die gleiche Wochenration kostete im Durchschnitt des Jahres 1912 nicht weniger als 25,80 Mark! Da es sich oben um das Jahr 1911 handelt, so wollen wir, um glatte Rechnungen zu haben, einen Preis von 24 Mark pro Woche annehmen. Dann würde in jenem Jahr eine so kleine Familie nur annehme für Nahrung 1248 Mark haben ausgehen müssen, um sich richtig satt zu essen. Unter solchen Umständen ist es doch einfach lächerlich, noch immer mit dem „Existenzminimum“ von 900 Mark zu operieren! Wir wollen es ganz unerörtert lassen, ob im Jahre 1895 900 Mark ausreichten, um eine Familie auch nur notdürftig zu ernähren. 1911 haben sie sicher nicht gereicht, und es ist gewiß sehr bedauerlich, wenn wir für das Jahr 1911 das wirkliche Existenzminimum auf 1500 Mark ansetzen. Dabei sind die Ausgaben für Nahrung schon weit geringer als mit 1248 Mark angenommen. Sowie wir aber diese Zahl einsehen, sowie wir ein Einkommen von 1500 Mark im Jahre 1911 auf die gleiche Stufe stellen mit dem Einkommen von

900 Mark im Jahre 1895, bekommen wir ein ganz anderes Bild als Dr. Mendelson.

Es betrug die gesamte Bevölkerung Preußens im Jahre 1911 rund 39 800 000 Seelen, davon gehörten zur Einkommensstufe von		auf 31 200 000 = 78,3 %	
nicht über 900 Mk.	16 400 000 Person.	41,2 %	} auf 31 200 000 = 37,1 %
900— 1500 "	14 800 000 "	37,1 "	
1500— 3000 "	6 200 000 "	15,6 "	} auf 31 200 000 = 7,6 %
3000— 6500 "	1 800 000 "	4,5 "	
6500— 9500 "	280 000 "	0,71 "	} auf 31 200 000 = 0,71 %
9500— 30 500 "	250 000 "	0,63 "	
30 500—100 000 "	59 600 "	0,15 "	} auf 31 200 000 = 0,03 %
über 100 000 "	12 500 "	0,03 "	

Und nun vergleiche man bitte die Zahlen. Es würde sich wahrhaftig lohnen, sie auch für das Jahr 1905 herauszufinden, wo ebenfalls das Existenzminimum schon weit höher als auf 900 Mark angelegt werden muß. Indessen wollen wir, um das Bild nicht zu komplizieren, es bei den Zahlen von 1895 und 1911 belassen lassen, dann zeigt sich, daß allerdings die Zahl derer, die ein Einkommen unter 900 Mark hatten, in den 16 Jahren gesunken ist; das Existenzminimum nicht hatten, ist ganz gewaltig gestiegen, nämlich von 21 200 000 auf 31 200 000, genau um zehn Millionen Seelen! Und ebenso gewaltig hat ihr Prozentfuß zugenommen. Er betrug im Jahre 1895 68,7 Prozent der Bevölkerung, im Jahre 1911 nicht weniger als 78,3 Prozent!

Noch krasser wird übrigens das Bild, wenn wir statt der gesamten Bevölkerung nur die Zahl der Erwerbenden betrachten, die zur Steuer veranlagt oder — weil unter 900 Mark — freigelassen wurden. Dann sieht die Tabelle wie folgt aus:

Es betrug die gesamte Bevölkerung Preußens im Jahre 1911 rund 39 800 000 Seelen, davon gehörten zur Einkommensstufe von		auf 12 350 000 = 83,2 %	
nicht über 900 Mk.	8 250 000 = 55,6 %	} auf 12 350 000 = 83,2 %	
900— 1500 "	4 100 000 = 27,6 %		
1500— 3000 "	1 700 000 = 11,5 %	} auf 12 350 000 = 5,6 %	
3000— 6500 "	540 000 = 3,6 %		
6500— 9500 "	89 400 = 0,6 %	} auf 12 350 000 = 0,4 %	
9500— 30 500 "	94 200 = 0,6 %		
30 500—100 000 "	59 600 = 0,4 %	} auf 12 350 000 = 0,2 %	
über 100 000 "	4 100 = 0,02 %		

Hier sind es sogar über 83 Prozent, die unter dem Existenzminimum stehen, obgleich wir dieses mit 1500 Mark wahrlich bezeichnen genug bemessen haben. Und weit über die Hälfte, nämlich 55,6 Prozent haben unter 900 Mark. Diese letztere Rechnung ist aber zweifellos richtiger. Denn wenn z. B. ein Jungeselle unter 900 Mark hat und neben ihm ein Familienvater mit drei Angehörigen über 900 Mark, ist es doch ganz sinnlos zu sagen: 80 Prozent der „Bevölkerung“ haben über, und nur 20 Prozent unter 900 Mark. Richtig ist vielmehr, nur die Erwerbenden zu rechnen, wobei dann 50 und 50 Prozent herauskämen.

Es gilt, dieses wahre Bild nicht zur Wahl durch Schönfärberei verteilern zu lassen.

### Was will die Sozialdemokratie?

- Die Sozialdemokratie fordert das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften;
- die Sozialdemokratie fordert die Befestigung des Herrenhauses mit seinen willkürlich ernannten und „geborenen“ Gesetzesgebern. Nur ein aus dem gleichen und geheimen Wahlrecht hervorgegangener Landtag soll die Gesetze machen;
- die Sozialdemokratie fordert die Abschaffung aller Vorrechte der Adelsklasse, der Fürsten und Reichsunmittelbaren;
- die Sozialdemokratie fordert die Trennung der Kirche vom Staat;
- die Sozialdemokratie fordert die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts einschließlich der Lehrmittel. Die Kosten soll der Staat tragen. Nur die geistig dazu veranlagten Kinder, diese aber auch alle, sollen auf Kosten des Staates die höheren Schulen besuchen;
- die Sozialdemokratie fordert die Schulpflicht für bedürftige Kinder;
- die Sozialdemokratie fordert die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht;
- die Sozialdemokratie fordert die Uebernahme der Armenlasten auf den Staat;
- die Sozialdemokratie fordert die Abschaffung der Gutsbezirke;
- die Sozialdemokratie fordert den Ausbau der Fabrikinspektion; Anstellung von Kontrollleuten aus den Kreisen der Arbeiter, von diesen selbst erwählt;
- die Sozialdemokratie fordert die Abschaffung der Gefindeordnung und Ausdehnung der Gewerbeordnung auf alle gegen Lohn beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen;
- die Sozialdemokratie fordert volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Landarbeiter;
- die Sozialdemokratie fordert Krankenversicherung für alle in ländlichen Betrieben Beschäftigten, ferner für die Pächter und kleinen Bauern, sowie deren Frauen;
- die Sozialdemokratie fordert Steuerfreiheit für alle Einkommen bis 1500 Mark; allmähliche Erhöhung der steuerfreien Grenze bis auf 3000 Mark; von da an mächtig einsetzende und stark progressiv aufsteigende Einkommensteuer;
- die Sozialdemokratie fordert Verstaatlichung des gesamten Medizinalwesens;
- die Sozialdemokratie fordert obligatorische Bekleidungsbeihilfe;
- die Sozialdemokratie fordert die Beamtenschaftsverantwortlichkeit;
- die Sozialdemokratie fordert die Demokratisierung des gesamten Staatswesens.

# Arbeiterchutz im Abgeordnetenhaus.

Zu den von den Dreiklassenmännern organisierten Arbeitern gehören vornehmlich auch die Kohlenarbeiter. Der Bergbau unterliegt dem Landtage. Für die seit langen Jahren aus dem Tief der gemüllten Bergklaven herausfindenden Aufseher Schutz für Gesundheit und Leben haben die bürgerlichen Parteien sehr viel getan. Jeder angeklagte Bergarbeiter erwies sich später als eine Verhöhnung der Schutzbedürftigen. Statte Brot hat man ihnen gegeben.

Es konnte es denn nicht ausbleiben, daß die Zahl der Unfälle im Bergbau immer gewaltiger anstiege. Riesengroß ist bereits das Heer der Krüppel, das der Bergbau liefert. Folgende Aufstellung nach den Angaben der Berufsvereine gibt darüber den unruhlichen, Empörung auslösenden Beweis. Bemerkenswert ist, daß Preussens Bergbau circa 90 Prozent aller Bergarbeiter Deutschlands (1911: 836 274), auf welche sich die Angaben beziehen, umfaßt. Es wurden gemeldet:

Jahr	Infälle		Schwere u. tödl. Unfälle	
	überhaupt	pro 1000 Arbeiter	überhaupt	pro 1000 Arbeiter
1886	22 497	65,45	2 285	6,59
1890	28 879	72,49	3 402	8,54
1895	40 616	94,28	4 908	11,39
1900	58 471	103,48	6 891	12,10
1905	81 871	126,45	10 086	15,55
1907	92 455	126,70	11 381	15,54
1909	109 489	133,69	12 596	15,38
1911	114 889	136,79	12 200	14,55

Unter schweren Unfällen sind solche zu verstehen, bei denen der Verletzte 13 Wochen nach dem Unfalltage die vollständige Arbeitsfähigkeit nicht wieder erlangt hat. Im letzten Berichtsjahre ist die Zahl der schweren Unfälle etwas gestiegen. Das ist aber seine Folge verminderter Unfallgefahr, sondern das Resultat einer Verschlechterung in der Unfallversicherung. Es werden Verletzte trotz erheblicher Schäden für vollständig arbeitsfähig erklärt. So sinkt die Zahl der Schwerverletzten, die Berufsvereine bestätigen, und die Arbeiter sind betrogen! Trotz der Rentenquellerei zeigt sich auch für die schweren Verletzungen seit 1886 eine erschreckende Steigerung. Auf 1000 beschäftigte Arbeiter berechnet liegt die Zahl der

Infälle überhaupt um 109 Proz. schwere Unfälle um 120 Proz.

Das sind erschreckende Resultate. Ohne eine andere Zusammenlegung des Landtages wird diesem Zustande im Bergbau kein Einhalt geboten. Der Schutz der Bergarbeiter verlangt eine Stürmung der Junferburg.

## Volkschule und Wehrkraft.

Während auf der einen Seite alljährlich ungezählte Millionen für vermehrte Rüstungen aufgewendet werden, unter dem Vorwand, daß das „Waterland“ zu seiner Verteidigung immer mehr und immer mehr Waffenerüstungen brauche, wird der andere Faktor der Landesverteidigung, Bildung und Intelligenz der breiten Volksmassen, aufs kräftigste vernachlässigt. Freilich, an den Waffenerüstungen machen die großen Kapitalisten enorme Profite; an der Volksschule aber gibt es nicht viel zu verdienen. Daß aber eine gute Bildung der Massen für die Wehrkraft des Landes unerlässlich ist, kann für jeden denkenden bestreiten. Es kommt im Kriege nicht allein auf körperliche Kraft und Gewandtheit an, sondern mindestens ebenso sehr auf Klugheit, Umsicht, Geisteszugewandtheit, Kenntnisse. Und zwar genügt es nicht, wenn die Führer diese Eigenschaften besitzen, auf die Masse kommt es an. Immer wieder mit jenem Wort erinnert werden, das kein Geringerer als Pater de la Mare vor hundert Jahren gesprochen hat, als es galt, die französische Fremdherrschaft abzuschütteln:

„Dasjenige Volk, das bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielfachste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegbar für seine Nachbarn.“

Es genügt also nicht, daß ein Land gute Gymnasien, Oberrealschulen und Universitäten besitzt, will es seine Wehrkraft auf der Höhe halten. So muß es vor allen Dingen für gute Volksschulen sorgen! Das ist viel wichtiger, als immer neue und neue Milliarden in den unerfülllichen Schlund der Rüstungskapitalisten zu werfen.

Und noch ein anderes ist zu bedenken: die Weltmachtstellung des Reiches, von der die bürgerlichen Parteien immer so viel Aufhebens machen, kann auch nicht allein durch Kanonen und Soldaten gewährleistet werden. Viel kommt dabei auf eine intelligente Arbeiterschaft an. Vor drei Jahren hat Reichsminister v. Helldorf von der Technischen Hochschule in Charlottenburg aus der modernen Entwicklung der Technik den Schluss gezogen: Die industrielle Zukunft wird dem Staate mit der intelligentesten, tüchtigsten und am besten ausgebildeten Bevölkerung gehören.

Aus alledem folgt, daß diejenigen, denen es wahrhaft um die Sicherheit, Macht und Größe des Vaterlandes zu tun ist, keine dringendere Aufgabe haben, als für eine gute Volksschule zu sorgen. Aus alledem folgt aber auch, daß es eine schwere Verurteilung ist, die preussische Volksschule in dem jämmerlichen Zustande zu lassen, in dem sie sich heute befindet.

## Preussische Sozialpolitik.

Die Gewerbeaufsicht ist, der Verfassung zum Hohn, nicht reichsrechtlich geregelt. Sie ist Landesache. Kein Wunder, daß sie in Preußen als sozialpolitische Armee dient. Das bischen gesetzlicher Arbeiterchutz verschleiert unzulängliche Aufsicht in erheblicher Weise. Die nachfolgenden Angaben aus dem Berichte der königlichen Gewerbe- und Fabrikinspektoren bezeugen das in hinlänglich anschaulicher Weise.

In Preußen wurden im Jahre 1912 von den der Aufsicht unterliegenden Betrieben nur

- 51,0 Prozent kontrolliert,
- 2 534 685 ungesetzliche Ueberstunden für Arbeiterinnen erlaubt,
- 1 389 303 Stunden Sonntagsarbeit gestattet,
- 24,6 Millionen Stunden Heberarbeit in der Eisengroßindustrie verrichtet.

Berichte gegen die Schutzbestimmungen wurden in 9529 Betrieben ermittelt, wegen der Verletzungen 2015 Unternehmern befristet. Die meisten Urteile lauteten auf 1 bis 3 Mark Geldstrafe.

Bei der Aufsicht wurden keine Arbeiterkontrollen mit man wagt sich, solche einzuführen.

Wohl gibt es einige weibliche Hilfsorgane aber keinen einzigen selbständigen Aufsichtsbekämmerer!

So arbeitet das Preussische Parlament!

## Wie man konservative Wahlen macht.

In die Hände der nationalliberalen Wahlkreisleitung in Neuburg ist ein Schriftstück gefallen, unterzeichnet „Der Amis, warfischer“, gerichtet „An den Ortsvorsteher“, in dem unter diesem mittelt, der konservative Wahlkreisobmann

wünsche, daß eine von dem nationalliberalen Kandidaten in Reine- weh abgehaltene Wählerversammlung auch von konservativer Seite besucht werde. Der Ortsvorsteher werde ersucht, das Nötige zu veranlassen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ zieht aus dem Kreise weiter zu berichten, die Einladung zu den konservativen Wählerversammlungen erfolge derart, daß der Gemeindevorsteher den Gemeindevorsteher mit der Einladung von Haus zu Haus schickte. Andererseits habe der Gemeindevorsteher in Massenpartien den Gemeindevorsteher von Haus zu Haus geschickt mit der Befehl, eine am Nachmittage von der nationalliberalen Partei angeführte Wählerversammlung solle nicht besucht werden.

Wenn der amtliche Apparat schon gegen die Nationalliberalen in dieser Weise in Bewegung gesetzt wird, was können da erst die Sozialdemokraten erwarten?

## Auflösung des Landtags.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Verordnung, durch welche der preussische Landtag aufgelöst wird. Das Herrenhaus wurde gleichzeitig verlegt. Die Auflösung des Landtags hat lediglich formale Bedeutung; es sollte vermieden werden, daß der alte Landtag noch im Recht bestand, während der neue bereits gewählt war.

## Deutschland.

### Immer wieder Steuermogeln der Agrarier.

Ein seit zwanzig Jahren in der Praxis stehender Steuerbeamter schreibt dem konservativen „Reichsboten“ über seine Erfahrungen:

„Ich summiere meine Erfahrungen in dem Satze: Der Grundbesitz, besonders der Großgrundbesitz wird zur Einkommensteuer viel zu niedrig herangezogen! Ich selbst stamme vom Lande und kenne die Verhältnisse des Landwirts aus eigener Erfahrung. Und da weiß ich, daß der weniger gebildete Landwirt den Mietwert der eigenen Wohnung sowie den Geldwert der Naturalien, die ihm sein Grundstück für seine Familie liefert, oft überhaupt nicht als steuerpflichtig ansieht. Für das, was als Ersparnis auf die Sparkasse wandert, gilt allenfalls als steuerpflichtiges Einkommen. Und der intelligentere Landwirt, der für das Weizen der Einkommensteuer ein offenes Auge hat, verzichtet so gern, den Wert des Unterhalts seines Haushaltpersonals richtig zu schätzen. Wie könnte es sonst möglich sein, daß ein Gutsbesitzer, der sich russischer Diener, und dessen Frau Köchin, Stubenmädchen und Erzieherin hält, sage und schreibe: 31 M. Einkommensteuer zahlt, entsprechend einem Einkommen von 2000 Mark. Das Zehnfache wäre richtiger! Es kann wohl mal vorkommen, daß infolge einer schlechten Ernte ein Gut auch mit Verlust bewirtschaftet wird. Aber das gehört zu den Ausnahmen und wird sich in den allerersten Fällen durch mehrere Jahre wiederholen. Ein treffendes Beispiel aus der neuesten Zeit: Ein Großgrundbesitzer zahlt 44 Mark Einkommensteuer, verkauft sein Gut — es handelt sich lediglich um einen rein landwirtschaftlichen Betrieb —, zieht nach der Stadt und wird hier nach seiner Angabe zu 176 Mark Steuer veranlagt, und zwar aus den Zinsen des ihm nach Abzug der Schulden verbliebenen Kapitals. Das spricht doch Bände. — Und solche Fälle bilden keine Seltenheit. Nicht die „Abzugspraxis“ ist an den gerügten Verhältnissen schuld, sondern die Veranlagungspraxis. Und diese wird nicht eher eine bessere werden, als nicht der Vorschlag in den Veranlagungskommissionen Beamten mit richtiger Unabhängigkeit übertragen wird. Es ist vorzuziehen, daß pflichttreue und eifrige Kommissionsmitglieder ihr Amt hingeworfen haben, weil sie sich mit der Sinnphraserei der Veranlagung nicht länger befassen mochten.“

Über einen anderen Fall agrarischer Steuerbetrügerei, der die Struppellosigkeit der Agrarier in Steuerfragen nicht weniger grell beleuchtet, wird aus Vignitz berichtet:

„Ein Großgrundbesitzer im Kreise Vignitz plagt und schindet sich auf der ererbten Scholle und vermag es trotz aller Mühe nur bis zu einem Jahreseinkommen — laut Steuerdeklaration — von 1000 Mark zu bringen. Demgemäß zahlt er Staatseinkommensteuer: 6 Mark im Jahre. Plötzlich vertracht aber in Jauer ein altes Bauhaus, und der arme Taufendmarkagrarier meldet 150 000 Mark Forderungen zur Konkursmasse an. Des Rätsels Lösung war folgende: Der „Raschende“ hatte auf sein Gut eine Hypothek aufgenommen und dieses Hypothekengeld sofort in gut verzinslichen Papieren angelegt. Bei der Steuerdeklaration hat er nun zwar die Zinsen für die Hypothek vom Einkommen abgezogen, die viel höhere Zinseinnahme aus den Wertpapieren aber schämig verschwiegen. Statt, wie er eigentlich mußte, 7000 Mark Einkommen zu versteuern, gab er seit Jahren nur ganze 1000 Mark an; und hätte 176 Mark Staatseinkommensteuer zahlen müssen.“

Preußen ist nicht unlosig das Junferparadies.

### Der Goldstrom steigt weiter.

Die Grubenbesitzer machen glänzende Geschäfte. Millionen auf Millionen Mark fliegen in ihre Geldschränke und immer höher steigt der Goldstrom, wie folgende Aufstellung der Betriebsergebnisse einer Anzahl Ruhrkohlenzechen zeigt. Es erzielten Ueber- schüsse:

1. Quart.	1. Quart.		1. Quart.	
	1913	1912	1913	1912
1. Nationalgesellschaften				
Harpen	7 008 700	5 277 600	3 966 000	
Hibernia-Bergwerke A. G.	4 607 090	3 539 977	2 401 167	
Königsborn	1 099 796	?	594 822	
König Wilhelm	1 031 941	?	705 778	
Mühlheimer Bergwerk	818 171	939 809	339 461	
Böckumer Bergwerk	366 087	207 256	254 010	
Aplerbecker A. B.	166 017	140 599	104 512	
2. Gewerkschaften				
Evold	2 043 162	1 879 590	1 210 920	
Graf Bismarck	1 771 360	1 172 192	691 438	
Lothringen	1 255 085	973 091	304 421	
König Ludwig	1 072 452	1 168 696	615 136	
Friedrich der Große	1 064 818	826 086	640 679	
Königin Elisabeth	963 800	754 353	634 700	
Helene und Amalie	747 527	599 240	446 736	
Graf Schömerin	493 336	377 703	272 003	
Dorfheld	437 420	405 373	384 723	
Johann Deimelsberg	248 059	216 719	81 456	
Trappe	104 837	77 166	67 853	
Heinrich	210 828	142 525	132 012	
Karoline	103 109	85 977	41 528	
Schürbank	62 799	52 490	29 016	
Gotteslegen	33 087	23 232	20 228	

Den Grubenbesitzern Millionen, den Bergleuten werden einige Bettelpferme Wehrhosen hingeworfen. Und den müssen sie sich erst noch durch Wehrhosen verdienen. Und dabei müssen sie mehr denn je ihr Leben und ihre Gesundheit in die Schanzen schenken. Wie sollten sonst die Grubenbesitzer zu ihren Riesengewinnen

kommen. Wenn Leben der Zahlen steigt einem aber auch die Ernöhrung auf, wenn man an den Streikbruch des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter denkt. Die Verräteraktion der christlichen Heerführer hat es fertig gebracht, daß die Bergarbeiter zu ohnmächtig sind, eine solche glänzende Geschäftskonjunktur, wie wir sie hinter uns haben, für sich auszunutzen.

Wahrhaftig, die Grubenbesitzer sind undankbar, wenn sie die Führer der christlichen Streikbrecherorganisation nicht reichlich mit Tantemien beschenken!

### Der Kaiser befiehlt Schulschluß.

Die preussischen Schulen leiden unter jammervoller Unselbstständigkeit. Kürzlich berichtete die bürgerliche Presse, daß auf Anordnung des Kultusministeriums am 24. Mai, dem Hochzeitstage der Tochter des Kaisers, die Schulen geschlossen bleiben — natürlich ohne Rücksicht darauf, ob darunter der Unterricht selbst — und jetzt wird die Schule gar schon tagelang aus Anlaß eines Kaiserbesuchs geschlossen. In Frankfurt a. M. ist gegenwärtig der Sängerkrieg deutscher Männergesangsvereine. Auch der Kaiser ist zugegen. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter soll der Kaiser, als er erfahren hatte, daß die Frankfurter Schulen zur Feier seines Besuchs nicht geschlossen würden, den Oberbürgermeister Voigt zur Rede gestellt haben. Dessen Bemerkung, daß die Schuldirektoren den von der Stadtverwaltung angeregten Schulschluß für „nicht angängig“ erklärt hätten, hat keine Gnade bei Wilhelm dem Zweiten gefunden und er hat gewünscht und befohlen: „Die drei Tage müssen frei sein und ich wünsche, daß es nun geschehe. Wollen Sie bitte das Erforderliche veranlassen.“ Dem konnte sich eine „freisinnige“ Verwaltung nicht entgegensetzen. Der wohlwollende Schulschluß vom Tage vorher — Beschlüsse preussischer Behörden sind bekanntlich immer wohlerwogen und begründet — wurde schnell in der Nacht noch umgestoßen und am anderen Morgen den Büben und Mädeln drei schulfreie Tage verkündet. Wer fragen sollte, ob der Kaiser den Schulverwaltungen befehlen kann, ist natürlich ein jedes Patriotismusbarer Rörgler.

### Ungebudige Rüstungsplaner.

Die Budgetkommission des Reichstages nimmt ihre Arbeiten am 20. Mai wieder auf. Der Rüstungsinteressen scheint dieser Termin reichlich spät zu sein, weshalb sie in der „Post“ veröffentlichen, daß verschiedene Mitglieder der Budgetkommission an den Vorstehenden, Abgeordneten Spahn, das Ergehen gerichtet haben, mit den Arbeiten bereits zu einem früheren Termin wieder zu beginnen. Mit diesem Wunsch werden die auf baldigen Profit bedachten Patrioten kein Blick haben, denn es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Vorlage auf diese Art durchzujupelken.

### Wirkungen der Wehroelage.

Der heftige Landtag wird voraussichtlich Ende dieses Monats zu einer kurzen Tagung zusammentreten. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf einer organischen Regelung der Beamtenbesoldung wurde vom Finanzaußenminister zunächst gar nicht in Beratung genommen, weil die dem Reichstag vorgelegte Deckungsvorlage die Finanzen der Einzelstaaten dermaßen in Anspruch nehme, daß eine weitere Anspannung unmöglich eintreten könne.

### Erziehung zum Patriotismus.

Die Regierung im Großherzogtum Hessen hat durch Rundschreiben an die Kreisämter verfügt, daß am Sonntag, den 15. Juni, dem 25. Regierungsjubiläum Wilhelm des Zweiten keine anderen als „patriotische“ Festlichkeiten stattfinden dürfen. Einige Arbeitervereine wurden dadurch gezwungen, ihre für den 15. Juni angelegten Festlichkeiten zu verschieben. Diese Maßnahme wird zweifellos dazu beitragen, daß monarchische Bewußtsein im Lande zu stärken.

### Kleine politische Nachrichten.

An der Berner Konferenz nehmen von bürgerlichen Abgeordneten teil die Fortschrittler Dr. Hausmann, Völsching und Dr. Haas und die Zentrumsabgeordneten Pfeiffer und Welser. Die Welser haben sich bisher an den Wahlen zum preussischen Landtag nicht beteiligt. Die Neugestaltung der Verhältnisse, wie sie durch die Verlobung des Welfenprinzen geschaffen worden ist, dokumentiert sich auch dadurch, daß die Welfen diesmal an der Wahl teilnehmen, und zwar werden sie für die rechtsstehenden Parteien eintreten.

## Ausland.

### Frankreich.

Paris. Die Marokkoreise. Die Unruhen in Marokko scheinen erneut und in verstärktem Maße wieder auszubrechen. Man meldet eine große Erregung bei den Stämmen im Tale des Janauwen-Flusses, besonders bei dem mächtigen Stamm der Riata. Auch die Bewohner links des Muluja-Flusses sollen sich im Aufstand befinden. Der berühmte Scherif Hadjadj, der vor einem Jahre bei den Unruhen in Fez beteiligt war, ist wieder aufgelaucht und betreibt eine lebhaftes Franzosenheke.

Paris. Die Heeresvorlage in der Kommission. Die Heereskommission der Kammer hat zwei Artikel des Gegenentwurfs Reinach-Montebello über die Urlaubserteilung angenommen. Abgesehen von Sonntagen und gesetzlichen Festtagen soll die Gesamtzahl der gleichzeitig auf Urlaub befindlichen Mannschaften in jedem Truppenteil ein Zehntel der gesetzlichen Effectivstärke nicht überschreiten.

### Großbritannien.

#### Der Suffragettenprozeß.

London, 8. Mai. In dem Prozeß gegen die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, Frau Drummond und Fräulein Kenney, und gegen den Chemiker Clayton hat auf dem Polizeigericht in Bow Street ein neues Verhör stattgefunden. Weitere Dokumente wurden vorgelesen, um den Beweis für das Bestehen der Verschwörung zu erbringen. Die Prozeßverhandlungen sind bis zum 18. Mai vertagt und alle weiblichen Angeklagten gegen Bürgschaft auf freiem Fuß belassen worden.

London. Erst jetzt wird bekannt, daß vor einiger Zeit in dem Privatbureau des Ministers des Außen eine Bombe entdedt worden ist.

### Vom Balkan.

Antivari. Die internationale Befahrung für Stutari. Das internationale Befahrungskorps für Stutari soll 1000 Mann stark sein. England stellt 300, Italien, Oesterreich-Ungarn und Frankreich je 200, Deutschland 100 Mann.

### China.

Der Kampf um die Anleihe. Mit dem Botum des Repräsentantenhauses ist der Kampf um die Anleihe noch nicht beendet. Peking. Im Repräsentantenhaus kam es am 7. Mai bei der Beratung der Anleihe zu einer stürmischen Sitzung. Die Oppo-

...ktion lärtete, worauf die Anhänger der Regierung den Saal verließen. Die Verhandlungen über die Details der Union werden fortgesetzt.

### Amerika.

**Washington.** Die Tarifbill im Repräsentantenhaus angenommen. Das Repräsentantenhaus hat mit 281 gegen 139 Stimmen die Tarifbill mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Die wichtigsten für Deutschland sind, daß Indigo wieder zollfrei geworden ist, sowie daß der Wertzoll für Abziehbilder von 30 Prozent auf 20 Prozent reduziert wurde. Roggen und Calciumcarbid sowie Schuhmaschinen wurden auf die Freiliste gesetzt. Die Zölle auf Konjunkturfahrlade wurden auf 2 Cents pro Pfund plus 25 Prozent des Werts erhöht. Die Säge für gewirktes und gestricheltes Unterzeug wurden auf 30, für Seilröcke auf 35, für einfaches Vaselineum auf 20, für geschliffene Edelsteine auf 20 Prozent des Werts erhöht. Der Einheitszoll für ungemüsterte Leinwand und Shirting beträgt 35 Prozent des Werts. Die Säge für Mineralwasser wurden auf 10 Cents, für Jacquard-, Baumwoll- und Seilengewebe auf 30 Prozent des Werts reduziert. Die Ausfuhrbestimmungen sind unverändert geblieben. Ihre Tragweite wird von den Importeuren jetzt in vollem Umfange erkannt und verursacht große Besorgnis.

Die Vorlage hat nun noch den Senat zu passieren, wo sie größeren Schwierigkeiten begegnen dürfte als im Repräsentantenhaus. Die Senatoren sind von je die besten Stützen der Hochschutzzollpolitik gewesen und der Einfluß der Trusts ist besonders groß in ihren Reihen. Zudem ist die demokratische Mehrheit des Senats nur klein und nicht einheitlich.

### Danzig.

#### Kandidaten der sozialdemokratischen Partei

sind bei den Landtagswahlen für den Wahlkreis Danzig-Stadt und Land die Genossen: Redakteur H. Markwald - Königsberg, Parteisekretär J. Gehl - Danzig und Kassenführer Adolf Bartel - Danzig. Für Elbing - Marienburg kandidieren Gewerkschaftssekretär H. Trisse und Gewerkschaftsbeamter H. Schulz, beide in Elbing wohnhaft, für unsere Partei. In den anderen Wahlkreisen in der Provinz sind Kandidaten zurzeit noch nicht nominert.

**Das Dreiklassenwahlrecht in Danzig.** Die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts sind in Danzig die gleichen, wie anderswo auch. Es entrichtet die große Masse der arbeitenden, schaffenden Bevölkerung zugunsten einer winzigen Minderheit. Die Stadt Danzig zählt 39 434 Landtagswähler, die 623 Wahlmänner zu wählen haben. Von den 39 434 Stimmberechtigten gehören 1178 zur ersten Abteilung, 4846 zur zweiten und 33 410 zur dritten Klasse. Die 1178 der ersten ernennen genau so viel Wahlmänner als die 33 410 „wählen“ dürfen, nämlich 205 — der „Mittelstand“ der zweiten Abteilung verfügt nur über 200 Wahlmänner — ein Wähler der ersten Abteilung verfügt also durchschnittlich über zehnmal mehr Einfluß auf die Gesetzgebung, als ein Wähler der Proletariatklasse. Innerhalb der einzelnen Bezirke ist dies Verhältnis natürlich noch verschiedener und krasser. Es kommt vor, daß zwei oder drei Mann bei genügender Größe ihres Portemonnaies sich in die Ernennung von zwei Wahlmännern teilen dürfen und vierhundert und mehr arme Teufel genießen das gleiche „Recht“.

Undenkbar ist es ein ergötliches Bild, zu sehen, wie das vom preussischen Polizeiminister so sehr gelobte Wahlrecht die Stützen der Gesellschaft in der verschiedensten Weise wertet. Die Zahl der Karikaturen, die hier das Klassenwahlrecht auf sich selber schreibt, ist Legion. Im 11. Urwahlbezirk z. B. wählt der Konfiskationsrat Dr. Kalkweil als schlachter Wähler der dritten Abteilung in Gesellschaft eines Seifenseibers und ähnlicher vulgärer Plebejer. Der herr Konfiskationsrat hat in seiner Straße vier Nachbarn, die Restaurateure sind und die sämtlich in der zweiten Abteilung wählen. Nach der Logik des Klassenwahlrechts also ist der Handel mit Schnaps und Bier höher einzuschätzen, als die Arbeit im Weinberge des Herrn. Roshafte Menschen dürfen an der Lektüre der Wählerliste des 12. Urwahlbezirks köstliche Freude haben. Dort scheidet das Dreiklassenwahlrecht Regierungs- und Landräte, ja selbst den Eisenbahndirektionspräsidenten Rimroff, hinab in die dritte Abteilung, wo sie ihr Staatsbürgerrecht einträchtig in Gesellschaft von Hausdienern und Kutschern ausüben dürfen. In anderen Bezirken aber wird der Ruch des pensionierten Gendarms oder des Kirchendieners a. D. hoch genug geschätzt, um ihn in die erste, respektive zweite Abteilung aufzunehmen. Ein kronprinzlicher Rat im 88. Urwahlbezirk gehört zu den Günstlingen des Klassenrechtes und wählt in der ersten Abteilung. Der Oberkriegsgerichtsrat im Nachbarbezirk dagegen muß hinab in die Unterwelt der Drittklassigen. Auch dem Herrn Polizeipräsidenten spielt das Dreiklassenrecht übel mit. Es erachtet ihn nur des Stimmrechtes der untersten Wählerklasse für würdig, wogegen es eine Anzahl Schulleute in andern Bezirken in die zweite oder sogar in die erste Klasse unterbringt. Stadtrat Loop wählt ebenfalls in der Proletariatklasse, der Schlachthofdirektor im Gegenzug zu ihm in der ersten Abteilung. Oberbürgermeister Scholz kann von Glück sagen, mit vierzehn andern honorarigen Danzigern darf er sich in seinem Bezirk in die erste Klasse teilen. In Schildlich hinwiederum fügte es des Schicksals Laune, daß ein kommuner Peolet alleiniger Wähler der ersten Abteilung seines Bezirks ward. Und o Graus! Dieser Mann, der über ein fünfzehnmals größeres Wahlrecht als der Danziger Oberbürgermeister verfügt, ist dazu noch rot!

Das sind einige Blüten, die das gerechteste aller Wahlsysteme seinen Verteidigern beschert. Ob sie nicht mit der Zeit finden werden, daß die Rolle, die die bürgerliche Intelligenz hier spielt, undankbar ist?

**Kaiserliche Werk Danzig.** Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung besteht auf der Kaiserlichen Werk die neunstündige Arbeitszeit. Diese Zeit hält das Reichsmarineamt für ausreichend, ja der einzelne Arbeiter nicht überlastet werden und Zeit zur körperlichen Ruhe und Erholung finden. So sehr aus sozialen Gründen die Herabsetzung der Arbeitszeit begrüßt werden muß im Interesse der Volksgesundheit, so schmachvoll ist es, konstataren zu müssen, daß der Segen einer neunstündigen Arbeitszeit leider den Arbeitern nicht zugute kommt, sondern nur auf dem Papier steht. Auf der Kaiserlichen Werk herrscht das Ueberstundenregiment in Permanenz. War schon das Jahr 1911 überaus reich an Ueberstunden, so steht es dennoch hinter 1912 zurück. Es ist kaum glaublich, was an Ueberstunden geleistet wird. Einige Beispiele aus der amtlichen Statistik wollen wir als Beweis anführen: So haben im Jahre 1912 298 Maschinenbauer insgesamt 57 600 Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, geleistet. In den anderen Branchen steht es ähnlich aus. So haben 50 Mechaniker 10 000, 53 Kupferknechte 9800 Ueberstunden geleistet. 214 Werkstättenarbeiter haben sogar neben 29 000 Ueberstunden noch 2542 Sonn- und Festtagsstunden leisten müssen. 40 Heizer und Kesselwärter mußten 15 700 Ueberstunden leisten, während 25 Maschinen- und Hilfs-Haltbrettwärter insgesamt 8100 Arbeitsstunden länger im Bann des Betriebes standen, als die Arbeitsordnung vorsieht. Nur sehr wenig Berufe finden wir, welche keine Ueberstunden zu leisten

haben. Insgesamt wurden im Betriebe von 2200 Arbeitern 251 000 Ueberstunden und 14 000 Festtagsstunden geleistet. Ein wenig erfreuliches Bild für einen Musterbetrieb. — Die Folgen dieses Ueberstunden-Unwesens kommen aber in berechneten Zahlen der Krankenziffern zum Ausdruck. Im Reichsdurchschnitt (auf den Werften) kamen im Jahre 1912 auf 100 gegen Krankheit versicherte Personen 35 Erkrankungsfälle. Der Geschäftsbericht der Kaiserlichen Werk Danzig verzeichnet aber 60 Erkrankungsfälle auf 100 Mitglieder. Wir wollen nicht behaupten, daß das Ueberstunden-Unwesen allein eine Schwellung — gegenüber dem Reichsdurchschnitt nahezu 100 Prozent — verursacht hat, aber ihr redlich Teil dazu haben die Ueberstunden beigetragen. Eine derartige Erscheinung sollte der Werkbehörde alle Veranlassung geben zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, die Ueberstundenarbeit um ein Bedeutendes einzuschränken. Neueinstellungen brächten für Arbeitslose nicht nur Beschäftigung, sondern auch eine Erleichterung für die mit Ueberstunden geplagten Arbeiter. In diesem Jahre wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Zahl der Ueberstunden noch bedeutend höher sein. In einigen Abteilungen wird schon seit längerer Zeit bis 7½, teilweise sogar bis 9½ Uhr abends gearbeitet. Kann der Arbeiter unter solchen Umständen seines Lebens froh werden? Nach einer solch langen Arbeitszeit sinkt er ermattet aufs Lager. Für die unteren Beamten gilt dasselbe. Es wäre im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, wenn hier seitens der Werkdirektion eine durchgreifende Änderung vorgenommen wird, ehe größerer Schaden an der Gesundheit der Arbeiterschaft eintritt.

**„Sarrasani!“** Der Name wird schon recht fleißig genannt in Danzig. Er taucht hier und dort schon im Stadtbilde auf, und jedes Kind, ja vielleicht gerade die Kinder in erster Linie, weiß es, was hinter dem Namen steckt. Als eine Neuigkeit tritt diesmal Sarrasani vor Danzig und das weite Land ringsum, das ihm zweifellos in Scharen zufließen wird: er bringt den neuen Typ, der er selbst schuf, den Typ der wandernden Riesenschau, die ein unvergleichlich sehenswertes Material an Tieren und Menschen bei sich vereinigt. Sarrasani, der zu Frankfurt am Main erst im letzten Winter den Riesenzirkus der 15 000 schuf, der dann zu Dresden seinen luxuriösen Monumentalbau beweiht hat, der in Berlin, in Wien, in Brüssel, in allen Großstädten Mitteleuropas heimisch ist, beutet die raffiniertesten Erfindungen der Technik aus, um seine großartigen Darbietungen auch auf seinen sommerlichen Tournéeen zur Geltung kommen zu lassen. Und für die diesjährige Tournée ist eine ganz besondere Entfaltung des Unternehmerrichtens ins Werk gesetzt. Mit echt Sarrasanischer Großzügigkeit ist alles zusammengerafft, was Europa, was Amerika an unerschrockenen, vollblütigen Künstlern besitzt, einen eigenen Vertreter hat Sarrasani im vergangenen Winter nach Amerika entsandt, um Attraktionen anzuwerben. Und so bringt Sarrasani nicht nur die elegantesten und vollkommensten artistischen Akte, sondern eine ganze Schau von 80 echten Indianern und Cowboys, ganz abgesehen von den Japanern, Chinesen, Arabern, Türken usw., die in Sarrasanis Gefolge sich befinden. Das Sarrasani-Gastspiel beginnt am 30. Mai und dauert nur 10 Tage. Sarrasani kommt von Graudenz und überfledelt von Danzig aus, ohne eine weitere Stadt Westpreußens zu berühren, direkt nach Königsberg. Der gewaltige Umfang der Schau gestattet es lediglich die größten Städte aufzusuchen.

### Bewerkschaftsbewegung.

#### Der Töpferverband im Jahre 1912.

Der soeben herausgegebene Jahresbericht des Verbandes der Töpfer läßt erkennen, daß die unglückliche und wirtschaftliche Lage nicht ohne unangenehmsten Einfluß auch auf die Erwerbsverhältnisse der Töpfer geblieben ist. Wohl ist der Kasienbestand des Verbandes, der am Schluß des Berichtsjahres in der Hauptkassse 361 926 Mark, in den Zahlstellen 13 724 Mark betrug, ein befriedigender, jedoch blieb die Gesamteinnahme im Jahre 1912 hinter der des Jahres 1911 um 5852 Mark zurück, sie betrug 396 593 Mark. Die Gesamtausgabe dagegen, die im Jahre 1911 278 612 Mark betrug, stieg im Berichtsjahre auf 416 542 Mark. Diese hohe Ausgabe wurde vor allem verursacht durch die Arbeitslosenunterstützung, die im Berichtsjahre das erste Mal voll zur Geltung kam, während sie im vorausgegangenen Jahre als Neueinrichtung nur das letzte Quartal in nicht besonders erheblicher Weise belastete. Die Mitgliederzahl, die am Schluß des Rechnungsjahres 11 733 betrug, ist um die verhältnismäßig hohe Zahl von 442 zurückgegangen. Dieses Mitgliederdefizit rührt einerseits daher, daß der Verband eine besonders große Ausbreitungsmöglichkeit nicht mehr besitzt, weil der weitaus größte Teil der Töpfer bereits im Verbande organisiert ist, und andererseits aus der starken Krise in Groß-Berlin und in dem zum größten Teil vom Berliner Baumarkt abhängigen Töpferort Belten. Diese beiden Orte, die früher gut den vierten Teil der gesamten Verbandsmitglieder ausmachten, haben starke Mitgliederverluste erlitten; viele Töpfer waren gezwungen, einen Brotverwerb in anderen Berufen zu suchen. In Berlin ist die Mitgliederzahl von früher 2400 auf 1743, in Belten gar von 850 auf 250 zurückgegangen. Für letzteren Ort kommt noch in Betracht, daß der hier vorherrschenden weißen Schmelzfabrikation in neuerer Zeit von süddeutschen und sächsischen Fabrikanten erfolgreich Konkurrenz bereitet wird.

Die teilweise starke Krise im Töpfergewerbe kommt vor allem auch in der Summe zum Ausdruck, die im Jahre 1912 für Arbeitslosenunterstützung ausgeworfen werden mußte. Die Arbeitslosenunterstützung, eingeführt seit 1. Oktober 1911, erforderte im Rechnungsjahre 1912 die verhältnismäßig hohe Summe von 77 919 Mark für 80 547 unterstützte Tage. Diese Zahlen erweisen die teilweise große Arbeitslosigkeit im Töpfergewerbe, denn Unterstützung wird erst nach 14tägiger Arbeitslosigkeit gezahlt und nur auf die Höchstdauer von neun Wochen. Wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß die Arbeitslosigkeit der Ausgesteuerten und noch nicht Bezugsberechtigten in diesen Zahlen nicht enthalten sind, so ergibt sich, daß vor allem die im Verbande organisierten circa 7000 Dfenhejer eine teilweise ganz ungeheure Arbeitslosigkeit durchzumachen haben. Das am weitesten stärksten von der Arbeitslosigkeit heimgesuchte Quartal war, wie vorauszu sehen, das erste. Hier wurden allein 48 298 Mark ausgezahlt, also bedeuend mehr als in den drei anderen Quartalen zusammengekommen. An der Gesamtsumme der Unterstützung partizipieren die Dfenhejer als ausgeprägte Saisonarbeiter mit 93,3 Prozent, die in Werkstätten beschäftigten Töpfer mit 6,7 Prozent. Bei letzteren erfolgen auch in Krisenzeiten selten Entlassungen, hier werden dann Arbeits- und Verdienstreue Beschränkungen vorgenommen. Von weiteren Unterstützungsposten seien noch erwähnt: Krankenunterstützung 66 879 Mark, Wander- und Reiseunterstützung 16 686 Mark, Umzugsunterstützung 4668 Mark, Sterbegelder 8985 Mark. Die Streikunterstützung im Berufe erforderte eine Gesamtausgabe von 54 870 Mark.

Die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks war im Berichtsjahre etwas geringer als in den beiden Vorjahren. Das liegt zum Teil an der ungünstigen Konjunktur, zum Teil daran, daß die zahlreicheren Bewegungen der Jahre 1910/11 meist Tarifabschlüsse auf drei Jahre brachten und folglich die daran beteiligten Orte in diesem Jahre aus den Lohnbewegungen ausgeschlossen mußten. — Insgesamt fanden in 91 Orten mit 769 Betrieben 72 Lohnbewe-

gungen, Streiks und Ausperrungen statt. Beteiligt daran waren 3550 Arbeiter, wovon 3058 dem Löhnerverband angehören. Erfolgreich waren 64 Bewegungen mit 2855 Beteiligten, teilweise erfolgreich 5 mit 291 Beteiligten; und erfolglose Bewegungen waren 2 mit 106 Beteiligten. Tarife wurden 65 für 2688 Arbeiter abgeschlossen, darunter 5 Bezirksstarke. Jetzt wird im Löhnerverband der Zusammenschluß mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter stark diskutiert. Wird der Zusammenschluß perfekt, dann wäre sofort eine stätliche Einheitsarmee von 45 000 Gewerkschaftsmitgliedern in einem Verband vereinigt, was einer guten Weiterentwicklung nur vorteilhaft sein kann.

### „Nichts Nachteiliges.“

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte im vergangenen Jahre in einer Möbelfabrik in Reiffenhäusen, Bezirk Wschaffenburg, einen Streik durchzuführen. Während des Kampfes wurden drei seiner Mitglieder, ein Verheirateter und zwei Ledige, Streikbrecher. Der Verheiratete nahm die Arbeit zurück auf und er verleitete dazu auch die Ledigen, die bereits anderwärts in Stellung waren. Um als Streikbrecher eine Rückendeckung zu haben, wandten sie sich vertrauensvoll an die Zahlstelle Wschaffenburg des Christlichen Holzarbeiterverbandes, um als Mitglieder zugelassen zu werden. Obwohl die christliche Ortsleitung wußte, daß es sich um Streikbrecher handelte, wurden sie in die christliche Gewerkschaft freudig aufgenommen. Der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes richtete an den Zentralvorstand des christlichen Verbandes wegen dieser Aufnahme einen Beschwerdebrief. Hierauf ging nach Verlauf von zehn Wochen folgende Antwort ein:

Köln, den 22. März 1915.

An den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin.

Werte Kollegen!

In Suchen der in Reiffenhäusen zu unserm Verband übertretenen Kollegen teilen wir Ihnen freundschaftlich mit, daß wir über die Kollegen nichts Nachteiliges ermitteln konnten, was die Ablehnung des Uebertritts rechtfertigen würde. Mit kollegialem Gruß  
Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands.  
Th. Weyers.

**Nichts Nachteiliges!** Wer seinen Kollegen als Streikbrecher in den Rücken fällt, und andere, die anderwärts in Arbeit stehen, zum Streikbruch auffordert, der hat die Ehre einer christlichen Gewerkschaftsorganisation nicht verkehrt, hat nichts getan, was als „nachteilig“ angesehen werden kann.

Diese christliche Auffassung über Streikbruch und Streikbrecher paßt ganz genau in den Rahmen der seit mehreren Jahren angewandten christlichen Gewerkschaftstatik bei Streiks hinein. Was gilt den christlichen Organisationen noch gewerkschaftliches Ehrgefühl, was Solidarität. Sie sind gewerkschaftlich so verblümt, daß sie in der Niedertrampelpung von Ehre und Solidarität noch etwas Großes und Gutes sehen. Psui Teufel!

### Differenzen bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg.

Am 2. Mai haben sämtliche im Verbande der deutschen Buchdrucker organisierten 78 Gehilfen des Betriebes der Verlagsgesellschaft ihre Kündigung eingereicht. Am Sonnabend vor Pfingsten lief die Kündigung ab. Die Differenzen entstanden aus dem Verlangen der Geschäftsleitung, auch die Buchdrucker sollten alle, wie die übrigen Arbeiter, der Unterfertigungsvereinigung der Konsumgenossenschaft angehören. Drei Buchdrucker wurden entlassen, weil sie die Mitgliedschaft nicht erwerben wollten. Das Tariffschiedsgericht ließ die Ansicht der Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft, die Entlassung sei tarifgemäß ohne Angabe von Gründen erfolgt, nicht gelten und entschied, daß die Entlassung tarifwidrig sei. Die Kollegen der Gemafü gelten verlangen nun die Wiedereinstellung der drei Betroffenen. Das Tariffschiedsgericht aber kann die Verpflichtung des Unternehmers zur Wiedereinstellung nur bei gemäßigtem Vertrauensverlusten ausprechen. Eine Vermittlung der Tarifinstanzen blieb ohne Erfolg. — Die Buchdrucker fordern weiter die Entlassung eines Betriebsleiters, ferner, daß bei Entlassungen der Beschäftigten diese nach der Reihenfolge der Einstellungen erfolgen sollen, sowie eine angemessene Behandlung des Personals. Die Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft betrachtet die Massenündigung als vertragswidrig. Dies wurde von einem Vertreter des Gauverbandes der Buchdrucker am Donnerstag, 8. Mai, in einer Betriebsversammlung entschieden bestritten und von ihm erklärt: die Organisation werde die gerechte Sache der Gehilfen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Die Sympathieerklärung der Verbandsvertreter wurde von der statt besuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall ausgenommen. Eine Resolution, die das Verhalten der Geschäftsleitung mißbilligt und den Buchdruckern die volle Sympathie der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

# Ein Sieg der deutschen Industrie!



## LUPA Cigaretten

**2 Pfg. das Stück**

Oriental Tabak u. Cigarettenfabrik  
Vertriebs Dresden

Inh. Hugo Zietz  
Königsberg S.M.u.  
Königsberg v. Sachsen

Von der Leistungsfähigkeit einige Beispiele:

3

Serien

Damen-Kleider.

Verkaufsbeginn derselben Dienstag, den 13. Mai, vorm. 9 Uhr

Elegante Sommer- und Gesellschafts-Kleider

in herrlichen Lichtfarben, reichlich garniert, zum Ausuchen, im Preise herabgesetzt bis zur

Serie I Serie II Serie III 18<sup>25</sup> 24<sup>50</sup> 29<sup>25</sup>

Jeder einzelne Artikel bietet Hervorragendes!

Der wachsende Zuspruch

dessen sich das Spezialhaus für Gelegenheitskäufe eleganter Damen- und Backfischbekleidung, Langgasse 2, I. Etage schon während der kurzen Zeit ihrer hiesigen Niederlassung erfreut, ist auf folgende ganz natürliche Ursache zurückzuführen:

- 1. Der fachmännischen und durchaus kultanten Bedienung,
2. Der Verwendung bewährter Qualitäten,
3. Der Ausnutzung günstigster Marktlage bei den Lieferanten, um ihrem zusehends größer werdenden trauen Kundenkreise jederzeit Hervorragendes zu bieten,
4. Dem anerkannt guten Sitz ihrer Konfektion.

All diese Vorzüge, verbunden mit ungewöhnlicher Preiswürdigkeit, sichern dem Publikum einen überaus vorteilhaften und gediegenen Einkauf in diesem Hause. Die verehrl. Leser dieser Zeitung werden gebeten, angesichts des großen Andranges an Nachmittagen, für Einkäufe möglichst die Vormittagstunden zu benutzen.

Nebenstehende Angebote sind besonders beachtenswert.

Langgasse 2, I. Etage

Josef Spitzer

Modebazar für Gelegenheitskäufe eleg. Damen- u. Backfischbekleidung.

Von der Leistungsfähigkeit einige Beispiele:

3

Serien

Kostüme.

Verkaufsbeginn derselben Dienstag, den 13. Mai, vorm. 9 Uhr

Elegante Kostüme

in Stoffen engl. Charakters u. blauem Kammgarnstoff, allerneueste Passons, raffinierte Verarbeitung, auf gutem Seidenserge gefüttert im Preise herabgesetzt bis zur

Serie I Serie II Serie III 16<sup>50</sup> 21<sup>75</sup> 27<sup>00</sup>

Jeder einzelne Artikel bietet Hervorragendes!

Offerten

über Spedition des gesamten Circusmaterials, sowie Fouflage: Heu, Stroh, Haler, Quetschaler, Weizenschale, Rüben und Roßfleisch. Perner Lehm und Sägemehl, Zimmerel- und Wasserleitungsarbeiten, Drucksachen etc. gefälligst umgehend erbeten an die

Direktion des Circus Sarrasani

Zur Zeit: Posen.

Ebendort werden Offerten für Düngerankauf entgegengenommen. (ca. 400 Tiere.)

Lieferungsbedingungen:

Table with 5 columns detailing delivery conditions: Ohne Bestellschein des Circus-Vertreters, Rechnung nach spätestens jeden Samstag, Alle Waren müssen in bestem Zustand, Erfolge zwischen dem Montag und dem Abreise-tag, Mündliche und telephonische Vereinbarungen sind ohne nachträgliche schriftliche Bescheinigung ungültig.

Offerten werden nur berücksichtigt, wenn sie auf dieses Inserat Bezug nehmen; sie gelten als abgegeben unter Anerkennung der vorstehenden Bedingungen.

Der Feinschmecker

schätzt meine in Qualität und Aroma hervorragende Spezialmarke No. 100



Artus 2 Pfg.

und Artus Gold

ges. gesell.

Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Plummer trägt Ueberall erhältlich.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

Zentralbibliothek Danzig.

Unentgeltliche Bücherausgabe an jeden gewerkschaftlich oder politisch Organisierten. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch oder die Kontroll-Karte.

Bücherbestand etwa 1500 Bände. Katalog 10 Pf.

Geöffnet:

Mittwochs von 7-8 Uhr abends Sonnabends von 6-8 Uhr abends

Die Bibliothek befindet sich

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.

Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.

Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Bettstelle mit guter Matratze 15 und 20 Mark, Sportwagen 4 Mark, Stand Betten 30 Mark. Am Stein 56, 3 Treppen links. Friseur Max Schielau, Häkergasse 31.



Weichsel-Königin Seife

ist garantiert rein, schont daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Ueberall erhältlich. J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik Thorn.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Large directory listing various businesses and services in Danzig, including S. Maltenort, U. Fingerhut, Chr. Schatz, Sinaten, H. Herder, Danziger Aktien-Bierbrauerei, Ane Schlossbrauerei, A. Alfermann, G. W. Petersen, and many others.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hermann Böhm für den Inhaltenteil Paul B... Druck von Carl Rangowski, sämtliche in Danzig.

## Zur Landtagswahl!

Wir möchten alle Landtagswähler darauf aufmerksam machen, rechtzeitig zur Wahl zu gehen, damit jeder seine Stimme abgeben kann. Die Wahlhandlung schließt für die erste Abteilung  $\frac{1}{2}$  1 Uhr, für die zweite Abteilung  $\frac{1}{2}$  4 Uhr und für die dritte Abteilung um 8 Uhr. Wer bis zu dieser Zeit nicht gewählt hat, geht seines Wahlrechtes verlustig, auch wenn er sich im Wahllokal befindet. Die Wahlvorsteher dürfen keinen Wähler nach der festgesetzten Zeit zur Wahl zulassen. Es ist dies ungesetzlich.

**Es gehe also jeder rechtzeitig zur Wahl!**

### Danzig.

Mit Rücksicht auf die Landtagswahl erscheint die Volkswacht diese Woche dreimal, und zwar werden die beiden anderen Nummern am Donnerstag und Sonnabend herausgegeben.

Redaktion und Verlag der Volkswacht.

**Ein Botschaftsprojekt.** Der Kampf unserer Dhraxer Genossen um ein Veranwaltschaftslokal führte zu einem Prozeß, der am 7. Mai die Berufungsstrassammer beschäftigte. Der Gastwirt Holz konnte das Lokal zum sibirischen Bauer aus den unsern Verlern bekannten Gründen nicht halten. Im Januar wurde ein Herr Wille sein Nachfolger. Dieser verweigerte seinen Saal den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Er erhielt aber wieder das Recht zur Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten. Beide Dinge stehen aber selbstverständlich in einem so unparteilichen Lande wie Preußen in keinem Zusammenhange.

Gegen ihre Ausweisung, die sie mit Recht als beleidigende Brißföcher und schwere Verletzung der Neutralität empfanden, wehrten sich die Arbeiter. Sie verhängten über das Lokal den Botschaft, damit diejenigen, die der Wirt nicht als Gäste wünschte, nicht etwa aus Irrtum bei ihm einkehrten. Sie stellten zu dem Zweck auch Posten aus.

Am 19. März hatten sich darauf die Genossen Schmode, Temp und Wiegandt zu verantworten, weil sie am 2. Februar in dem Lokal gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch und groben Unfug begangen haben sollten. Der Amtsanwalt beantragte nur gegen Schmode 9 Mark Geldstrafe, im übrigen forderte er selbst Freisprechung. Das Gericht war anderer Meinung. Es verurteilte Schmode wegen Hausfriedensbruch zu 30 Mark Geldstrafe. Temp und Wiegandt wurden zwar wegen Hausfriedensbruch freigesprochen. Wegen groben Unfug, begangen durch Postensetzen, wurde aber jeder zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Haft verurteilt. Die Strafe war außerordentlich hoch bemessen, weil die Verurteilten nach Ansicht des Gerichts eine gemeine und niedrige Gesinnung betätigt hätten.

Vor der Strafkammer bestritt Schmode ebenfalls, daß er sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht habe. Er sei mit Erlaubnis eines Kellners in das Lokal gegangen, um mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohn zu sprechen. Er habe sonst niemand zum Vertreten des Lokals aufgefordert. Als Wille ihm das Lokal verbot, habe er nur noch im Schaunraum sein Bier, das er gekauft, ausgetrunken. Temp und Wiegandt erklärten, daß sie das Lokal nicht betreten hätten. Sie hätten nur auf der Strafe als Posten ihre Pflichten getan und Bekannte vom Besuch abgeraten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Richter, machte schon hierbei die Bemerkung, daß dadurch das Publikum belästigt sein sollte.

Als Zeuge erklärte der Gastwirt Wille zuerst, daß er sich auf seine vor dem Schöffengericht gemachte Aussage beziehe. Als der Vorsitzende dieses Verfahren als unzulässig ablehnte, behauptete er, Schmode habe vor seinem Lokal Gäste abgehalten. Wer sonst vor dem Lokal mit den Gästen sprach, wußte er nicht.

Der Zeuge widersprach sich auffällig, als er die Frage beantwortete, ob er den Sozialdemokraten das Lokal verweigert habe? Zuerst bestritt er die Verweigerung, dann sagte er, er sei nicht darnach gefragt worden. Dann sagte er wieder, die Angeklagten hätten ihn darnach gefragt, worauf er gesagt habe, daß er das Lokal nicht hergeben könne. Schließlich erklärte er dem Gericht, daß er das Lokal verweigert habe und nicht geben wolle. Schmode hat, nach der Behauptung des Zeugen, ein Fräulein aufgefordert, den Saal zu verlassen, worauf er ihn hinauswies. Sie soll dann im Schaunraum nicht nur sein Bier, sondern auch ein Glas, das ihm ein Fremder reichte, getrunken und sich so etwa 20 Minuten aufgehalten haben. Darauf hat Wille nach der Offbahn geschickt, um den Polizeibeamten Meißner zu holen, der denn auch gekommen sei. Was Temp und Wiegandt getan haben sollen, hat der Zeuge nicht gesehen und will das auch zu Meißner gesagt haben. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum, fragte den Zeugen, ob er nicht gleich bei der Nachschauung der Tanzveranstaltungen bei der Polizeibehörde erklärt habe, daß er den Sozialdemokraten das Lokal nicht mehr geben würde? Der Zeuge schwieg! Ein Gerichtsbeisitzer erhob gegen die Frage Einspruch, weil die Verweigerung das Recht des Wirtes war!

Der Verteidiger erwiderte, das Recht hatte der Wirt allerdings, aber durch seine Erklärung gegen die Behörde wurde die zweifelhafte Verweigerung des Lokals ausdrücklich bekräftigt.

Der Vorsitzende lehnte darauf die Stellung der Frage ebenfalls ab.

Auf den vom Verteidiger beantragten Gerichtsbeschluss beschloß das Gericht nach ganz kurzer Beratung:

Die Frage nicht zuzulassen! Zur Begründung bemerkte der Vorsitzende, die Frage sei unerheblich und ihre Beantwortung geeignet, den Zeugen Wille in seinem Fortkommen zu hindern!

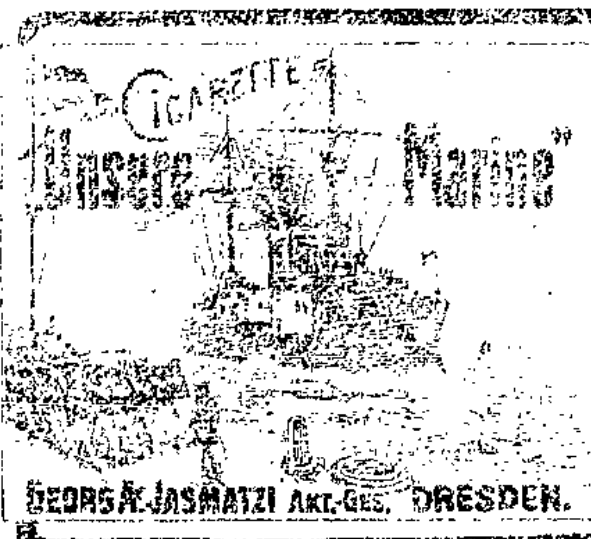
Die Zeugin Berkowski konnte nur mitteilen, daß Temp ihr vor dem Lokal gesagt habe, sie solle nicht hinein gehen, weil der Wirt es verweigere.

In der dann verlesenen Strafanzeige des Amtsgerichtes behauptete dieser: Sozialdemokraten seien gewaltsam in das Lokal gedrungen. Schmode habe eine Rede im Saal gehalten, Temp und Wiegandt hätten die Leute erlucht, den Saal zu verlassen und den Wirt bedroht und beschimpft. Vor dem Lokal hätten sich 15 bis 20 Burschen versammelt, die die Angeklagten offenbar mitgebracht hätten. Der eifrige Beamte wünschte sogar, daß die Bestrafung schnell erfolgen möge, damit sich die Belästigungen des Publikums nicht wiederholten.

Der Verteidiger stellte gegenüber den Behauptungen des Meißner fest, daß dieser ja gar nicht bekunden konnte, daß Temp und Wiegandt im Lokale waren. In der Anzeige stellte er es trotzdem als Tatsache hin!

Der Verteidiger forderte unter Berufung auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die ständig Bankrott und Postensetzen als erlaubt erklärt habe, die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Schmode habe nach seiner Hinausweisung nur so lange verweilt, bis er sein Bier ausgetrunken habe. Das war sein vertragliches Recht, das er durch den Kauf des Bieres erworben hatte. Unerheblich sei, worin der Vorderrichter die behauptete gemeine Gesinnung der Angeklagten gesehen habe.

Der Staatsanwalt behauptete, es komme gar nicht darauf an, wie lange Schmode noch verweilt. Er hätte sofort gehen müssen. Temp und Wiegandt hätten sich auch trotz des Reichsgerichts schuldig gemacht, weil andere Personen durch sie beunruhigt wurden.



Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine“  
2 Pf.-Cigarette.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden  
Größte deutsche Cigarettenfabrik.

### Dreißigjähriger Kamin.

In ersten Dienstjahre, bis zum Ausrücken ins Manöver, hatte Gimm so gegen fünfzig Tage Arrest verbüßt. Meistens wegen belangloser Kleinigkeiten, die bei anderen Leuten straffrei blieben oder mit ein paar Stunden Strafexerzieren durchgingen. In der letzten Zeit war es meist strenger Arrest gewesen, den er von allen Instanzen ausgebrochen bekam. Dabei war er nie widerspenstig gewesen; dazu war er zu feig — hatte auch nie etwas entwendet, wie das beim Militär alle Tage geschieht; dazu war er zu ehrlich. Vor solchen Streiftaten war Gimm sicher, und das wußte und sagte er auch. Trägheit, Bummellei, rostige Kochgeschirre, zerrißene Hosen, das waren seine Hindernisse.

Im Manöver machte er sich auf dem Marktplatz zu Wronke einer Achtungsverletzung und des Verharrens im Ungehorsam schuldig. Auch wieder eine ganz dumme Geschichte, die an sich kaum der Rede wert gewesen wäre, wenn sich Gimm nur ein klein wenig vernünftiger gehalten hätte.

Er kam beim Auftreten in früher Morgenstunde zu spät. Der Hauptmann fauzette ihn in Gegenwart mehrerer Zuschauer hart ab. Gimm entschuldigte sich der Wahrheit gemäß damit, daß der Quartierwirt zu lange geschlafen hätte, weshalb die Haustür zu spät geöffnet worden sei. Gleichwohl schimpfte der Hauptmann weiter. Gimm glaubte, sein Teil bekommen zu haben und wollte an seinen Platz treten.

„Hierbleiben!“ schrie der Hauptmann. Gimm kehrte sich nicht daran, sondern schob sich durchs erste Glied an seinen Stand. Der Hauptmann rief noch einmal, aber Gimm blieb wie ein Pfahl an seiner Stelle. Die Zuschauer belustigten sich über den Vorfall, der Hauptmann aber kochte vor Wut. Es war wohl keine Zeit mehr, denn er ließ einschreiten und abrücken. Nach einigen Stunden hatten wir die Geschichte vergessen. Kein Mensch dachte mehr daran, Gimm selbst am wenigsten.

Als der Hauptmann indes auch am Abend nichts unternahm, wunderte ich mich doch etwas darüber; denn eigentlich war doch Gimm's Verhalten, durch die militärische Dienströcke gesehen, ein ziemlich schweres Vergehen. Der Alte hatte ohnehin schon „auf ihn geladen“, wie er sich in solchen Fällen ausdrückt, und wenn man

die Sache genau betrachtete, mit einem gewissen Recht. Zwei Tage vorher hatten wir im Barackenlager. Gimm war in der Morgendämmerung aufgestanden, um ein Bedürfnis zu verrichten und hatte sich dazu ausgerechnet den Platz vor dem Zeit des Hauptmanns ausgesucht. Das war an sich eine beispiellose Frechheit; aber ob es bei Gimm Frechheit war? Vielleicht war es nur Faulheit und Gedankenlosigkeit gewesen. Aus Gimm wurde man nie klug. Das wußten wir alle: der Hauptmann hatte etwas gehört, war hinausgetreten und hatte Gimm in der unzweideutigsten Hoderstellung gesehen. Beim Temperament unseres Alten war es selbstverständlich, daß er ihn gleich packte, in den Dreck hineinstieß und kräftig durchprügelte. Damit waren sie beide wieder quitt gewesen.

Während des Manövers geschah auch nichts weiter.

Als wir aber wieder einige Tage in der Garnison waren, ereignete es sich, daß Gimm einmal von der Karte auf der Bekleidungskammer fortließ und sich in der Kantine an Bier und Kesselmilch gütlich tat. Er wurde gemeldet, und man ließ ihn der Alte vom Regiment mit zehn Tagen strenger Arrests bestrafen, und zwar wegen seiner ganzen Untaten. Gimm verbüßte die zehn Tage wie er die anderen Strafen verbüßt hatte, und jeder glaubte, nun sei seine Rechnung beglichen.

Aber da kam das Unerklärliche, was sich selbst mit der tausendfachen Barbarei des Militärstrafrechts nicht rechtfertigen läßt. Es war im Januar oder Anfangs Februar, als Gimm wieder ein kleines Vergehen beging, das jedem anderen höchstens einige grobe Worte eingetragen hätte. Gimm sollte Zielobjekt der Kompagnie vom Wall holen. Als er hinkam, waren unsere verschwunden. Da er wußte, daß er nicht ohne die Scheiben kommen durfte, so nahm er kurz entschlossen solche, die andern Kompagnien gehörten. Das gab Weiterungen. Man fand die Scheiben in unserer Baracke, und Gimm wurde als der Uebelthäter festgestellt. Jetzt entlud sich das Gewitter.

Eines Morgens kam der Hauptmann in die Schreibkammer und diktierte mir einen Tatbericht in die Feder, worin Gimm auf Grund des Vorfalls auf dem Marktplatz zu Wronke der Achtungsverletzung und des Verharrens im Ungehorsam unter Gewehr beschuldigt wurde.

Das Unerhörte war, daß man Gimm zur Rechenschaft zog, obwohl er wegen dieses Vergehens schon vom Regiment bestraft

worden war. Die alte Rechtsweisheit, daß man nur einen Tod sterben kann, verlor hier ihre Giltigkeit.

Um es kurz zu machen: sechs Wochen später kam Gimm vors Kriegsgericht und erhielt vier Monate Gefängnis. Ich rief ihm zur Verurteilung. Er kam vor das Oberkriegsgericht und behielt seine vier Monate. Einige Zeit später fuhr Gimm mit Bedeckung nach der Festung. Als er am Abend vor der Einfahrt in Feldmütze und ohne Waff, bleich und mit angstverzerrtem Gesicht von mir Abschied nahm, sah ich ihn zum letzten Male. Er war sehr niedergeschlagen. Ich redete ihm Mut ein, schilderte ihm das Festungsleben, und gab ihm gute Ratsschläge und vertröstete ihn auf den Schritt der Zeit; auch die Stunde der Freiheit würde kommen, er solle nur standhaft alles ertragen, sich zusammenreißen und dafür sorgen, daß er sich dort nichts zu schulden kommen ließe. Gimm hörte mich ruhig an, nur seine Augen wurden feucht und die Grübchen um seine Mundwinkel verzerrten sich zu verzweifeltten Falten.

„Das ist alles ganz gut,“ sagte er, als ich schwieg. „Aber ich kann doch nicht wieder nach Haus kommen. Bis jetzt hat mein Vater noch nichts von meinen Strafen gewußt, aber diese vier Monate kann ich ihm nicht verheimlichen, ich muß doch die Zeit nachhaken. Mein Vater ist nämlich sehr streng und hält viel auf den Soldatenkrenkel; er hat Sechshundsechzig mitgemacht. Aber meine Mutter ist gut, und das ist noch schlimmer. Ach, wenn ich daran denke, was sie sagen wird, wenn sie dies erfährt! Wenn Pastor Blent fragen wird: Wie gehts Ihrem Johann? Oder wenn Liefse Feddeßen sagt: Grüßen Sie Johann, wenn Sie wieder schreiben. O, ist das eine Geschichte!“

Gimm stützte den Kopf in die Hand und starrte auf den Tisch. Ein paar heiße Tränen fielen darauf und wurden von den Kommitzbrockrumen aufgesogen. Ich hätte gern etwas gesagt, was ihn hätte trösten können, aber ich fand keine Worte.

Nachts gegen Zwölf hörte ich, wie man Gimm über den Korridor führte. Jetzt wird der Unteroffizier das Gewehr laden, dachte ich, als sie die Treppe hinunter gestiegen waren. Jetzt gehen sie durchs Tor, jetzt über die Brücke, dann durch die Stadt, und alle Nachtkammler werden ihnen nachschauen. Ich begleitete Gimm in Gedanken bis in das reservierte Coupee des Nachtzuges, dann schlief ich ein.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Westpreußen.

Nach kurzer Beratung kam das Gericht wieder zur Beurteilung. Der Vorliegende begründete diese so: Sogotte hatte nach der Ausweisung durch den Wirt das Recht, das festgesetzte Bier auszutrinken. Zudem er noch ein anderes Glas trank, machte er sich des Hausfriedensbruches schuldig. 30 Mark Geldstrafe sei dafür nicht zu hoch. Hinsichtlich der Anklage gegen Temp und Wiegandt steht fest, daß der Wirt den Sozialdemokraten das Lokal verweigert habe. Deshalb hätten diese beschloffen, das Lokal zu boykottieren. An und für sich sei ein solcher Beschluß nicht strafbar. Temp und Wiegandt seien bei der Ausführung aber so vorgegangen, daß der Tatbestand des großen Unfuges erfüllt sei. Der Gastwirt habe befunden, daß sie andere Personen von dem Besuch des Lokals ableiten. Auch der Zeugin B. sei das gefügt. Die Aufforderung, so nahm das Gericht an, habe sich auch an das Publikum im allgemeinen gewendet und es beunruhigt. Auch ist ungenügend, daß dadurch die öffentliche Ordnung gestört wurde. Der Bürger darf verlangen, daß er nicht daran gehindert wird, wenn er ein Lokal besuchen will. Die Auffassung des Vorherrichters von der niedrigen Meinung der Angeklagten reize das Gericht nicht. Von ihrem Standpunkte aus handelten sie nicht niedrig. Doch sei der Gastwirt W. erheblich geschädigt. Er müsse aber von seinem Berufe leben und deshalb von den staatlichen Behörden geschützt werden. Die Gastwirte müßten geschützt werden. Nicht gehe das Gericht nichts an. Die Wirte hätten aber auch das Recht, die Lokale aus politischen Gründen zu verweigern! Den Wirten dürfe nicht verboten werden, was der Sozialdemokratie erlaubt sei. Die Beurteilung sei deshalb gerechtfertigt. Doch habe das Gericht für Temp und Wiegandt die Strafe von 100 auf 50 Mark herabgesetzt.

Diese Urteilsbegründung muß man schon sehr häufig lesen, um sie wenigstens oberflächlich zu begreifen. Wie es scheint, läuft sie auf den Satz hinaus: Boykott ist erlaubt, wer aber zu seiner Verteidigung boykottiert, wird bestraft. Das Gericht scheint absolut überleben zu haben, daß Wille die Sozialdemokraten gar nicht als Gäste haben wollte. Es geschah also doch nur nach seinem Willen, wenn diese ihn fernblieben. Die Proklamation, daß die Wirte das Recht politischer Verweigerung besitzen, klingt leider echt preußisch. Das Gericht hätte dann aber auch verstehen sollen, daß gerade dieser vom Wirt ausgegangene Boykott einer bestimmten Bestimmung erbittern und verletzen muß. Wie sind natürlich überzeugt, daß die Richter dieses terroristische Boykottrecht der Wirte auch dann im Rahmen der Freiheit verteidigen würden, wenn ihnen selbst zum Beispiel der Danziger Hof verweigert werden würde.

**Befangungsverein „Sängergesang.“** Die nächste Befangstunde findet Donnerstagabend statt.

**Elbing.** Der mysteriöse Leichenfund. In das mysteriöse Dunkel des Leichenfundes am Elbingfluß hat die der Polizei gemachte Mitteilung Licht gebracht, daß der in den vierziger Jahren lebende frühere Arbeiter Karl Lehmann, der jetzt in der Wasserstraße gewohnt haben soll, verschwunden sei. Lehmann war bereits als arbeitsloser Mensch und Alkoholiker bekannt. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß es sich bei der gefundenen Leiche um den verschwundenen Arbeiter Lehmann handle, der wahrscheinlich Selbstmord verübt hat. Die städtische Sektion der Leiche hat nichts Wesentliches ergeben, was auf einen Mord schließen ließe. Dagegen ist festgestellt, daß der Tod des in Frage kommenden Mannes durch Ertrinken eingetreten ist. Man neigt zu der Ansicht, daß Lehmann sich die Hände und Füße selbst gefesselt hat, um auf sichere Art Selbstmord zu begehen.

**Marienburg.** Verschwunden ist seit etwa 1 1/2 Jahren ein jetzt 15 Jahre alter Schüler namens Wilhelm Janzen, dessen Eltern in Oberhausen (Rheinland) wohnen. Man nimmt an, daß der Junge der einen Hanz zu Abenteuerern zeigte, zu seinen nach Westpreußen im Kreise Marienburg lebenden Verwandten sich begeben hat, dort aber nur kurze Zeit verweilt und sich dann wahrscheinlich in irgendeiner Stelle vermischt. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben, daß er auf dem Kopfe gleich über der Stirn einen weißen Haarstreifen hat. Eventuelle Nachrichten über den Verbleib des Jungen sind der Polizei mitzuteilen.

Der Maurer Hübner aus Sandhof bei Marienburg, der auf dem Rittergut Abl. Powunden arbeitete, erlitt einen Unglücksfall. Ein über ihm arbeitender Maurer ließ während der Arbeit ein Stück Mauerwerk aus Unvorsichtigkeit fallen, das den Kopf des Maurergesellen Hübner so stark beschädigte, daß er besinnungslos liegen blieb und an seinem Aufkommen gezwungen wird, trotzdem ihm die bedeutende Wunde sofort vom Arzte vernäht wurde.

**Briesen.** Ein Automobilunglück ereignete sich am 8. Mai, nachmittags, bei Polkau in der Nähe derselben Stelle, an der schon vor einigen Monaten ein Automobilunfall vorkam. Das dem Fabrikbesitzer Kamalski von hier gehörige Automobil stürzte die hohe Chauffeubühnen hinunter, wobei der Wiefenbaumeister Röck vom hiesigen Meliorationsbauamt auf der Stelle getötet wurde. Er soll einen Genickbruch erlitten haben; außerdem ist ihm der Hinterkopf zerquetscht. Die übrigen Insassen des Kraftwagens sind leicht verletzt.

Nur 10 Tage Die Telephone 212.

# SARRASANI

Schau kommt nach Danzig!

**Sarrasani** bedeutet die schönste Schau des Erdendalles, wart mellenweit zu wandern.  
**Sarrasani** bedeutet der ueue Typ, die Schau des Wissens und der Schönheit.  
**Sarrasani** ist eine grandiose Zusammenfassung alles dessen, was fünf Erdteile bieten.  
**Sarrasani** heißt als die herrlichste, reichste wissenschaftlich bedeutendste und sportlich hervorragendste Schau Europas.

## SARRASANI bildet eine Schau der Tierrassen und der Menschenmassen Millionen

von Menschen in allen Großstädten Europas waren bewundernde Zeugen der Herrlichkeit dieser modernen Riesenschau, die alle amerikanischen Unternehmern übertrifft.

Mehr als **15 000** Personen vormag die flotte Zollstadt der Sarrasani-Schau mit ihren weiten Hallen und Räumen, ihren ausgedehnten Höfen zu behorbergen.

Ein Personal von ca. **500** Personen vereinigt sich, um dem Publikum Unterhaltung und Belehrung zu geben. Kolonnen von Spezialarbeitern jeder Art, von Handwerkern, Maschinisten, Monteuren, Wacheleuten, Kontrolleuren und Chauffeuren bilden die Pioniergarde der Schau. Eine eigene Hausfeuerwehr, organisiert und instruiert durch die Berliner Königliche Feuerwehr, 30 Mann stark, ausgerüstet mit den modernsten Gasdruckspritzen und Feuerlöschapparaten, garantiert die Sorglosigkeit des Publikums. Musikkorps von zusammen 75 Mann Stärke erfüllen die Schau mit schmetternden Klängen, darunter: ein Ungarnkorps, ein Bersaglierkorps, ein Türkenkorps, ein Husarenkorps, ein Cowboykorps.

Ein Heer von **Künstlern** aus aller Welt scharf sich um Sarrasani. Dompierre, Dressuren, die Vertreter der klassischen Reitkunst und des edlen Pferdesportes, Humoristen und Komiker, Akrobaten und Turner der Lüste füllen die Schau.

- Arabern:** Die feurigen, gelenkigen, tollkühn springenden Beduinen.
- Japanern:** Kaiserlich japanische Hofkünstler. Der Rekord der artistischen Eleganz.
- Chinesen:** Geheimnisvolle Gaukler, Offenbarer menschlicher Wunderkräfte.
- Cowboys:** Die tollkühnsten Reiter der Welt, die Helden des Sattels.
- Indianern:** Die ersten echten Sioux, die Europa betrat, mit ungeheuren Schwierigkeiten mit Erlaubnis der amerikanischen Regierung nach Deutschland gebracht!

## 200 Rasse-Pferde 200

edelsten Geblüts!  
 Der größte, reichhaltigste, kostbarste, best-dressierte Marstall der Welt!  
 Der Marstall allein schlägt alle Rekorde.

- Dazu: **Herden von**
- Elefanten** sibirischen
  - Tigern** Berber-
  - Löwen** vollblut-
  - Kamelen** indischen
  - Büffeln** kanadischen
  - Seelöwen** ägyptischen
  - Nilpferden** Transvaal-
  - Zebbras** australischen
  - Känguruhs**
- Ferner: Schimpansen, Affen, Tapire, Esel, Ponnis, Maultiere, Gänse usw.  
 Die **wissenschaftliche Bedeutung** der Sarrasani-Schau wird von den Behörden attestiert. Während einer einzigen Saison in Berlin besuchten **52 000** Schulkinder unter Führung ihrer Lehrer die Sarrasani-Schau.

## SARRASANI

ist rein äußerlich ein **technisches Wunderwerk.**

In zwei riesigen Extrazügen reist das Unternehmen. Mehr als 100 eigene Wagen dienen für Büro-, Wohn- und Transportzwecke.  
 10 Straßenlokomotiven, eine Neuerung des Circus Sarrasani, erleichtern die Beförderung von der Bahn zum Standplatz der Schau. Vierzig Zeltanlagen bilden eine malerische Stadt, deren Eingangstor durch eine stolze, herrliche Prunkfassade gebildet wird.  
 Die Zeltstadt birgt: die größten Zelte, die in Europa je konstruiert wurden, Maschinenhallen, Menagerien, Stallungshallen, Wohnräume für ca. 200 Personen, eine Siedelung von Indianer-Wigwams, Küchen, eine Feuerwache, Verwaltungsbüros, elektrische Zentralen, ein erstklassiges Restaurant.

**SARRASANI-Gastspiel** bildet ein **Ereignis** nicht allein für die Stadt, die die Sarrasani-Schau auf der Tournee berührt, sondern für den ganzen Umkreis, ja für den ganzen Regierungsbezirk. Mellenweit pilgert man, um in der Sarrasani-Schau unvergessliche Stunden zu erleben, und man kehrt heim, nicht enttäuscht, sondern noch überrascht.

Première **30. Mai** 7 1/2 Uhr  
 Standplatz Ezerzierplatz.



Ihr Geschmack!

Am Olivaer Tor **Danzig** Am Olivaer Tor

# Circus

## Adolf Straßburger

Heute, Dienstag, den 13. Mai  
 8 1/2 Uhr abends

### Gala-Sportvorstellung

mit dem mit so großem Erfolg aufgenommenem Sensationsprogramm der Premiere.

Morgen Mittwoch, den 14. Mai  
**2 Brillante Vorstellungen**  
 nachmittags 4 Uhr, abends 8 1/2 Uhr

In der Nachmittagsvorstellung ein ungekürztes Abendprogramm trotz hohen Eintrittspreisen für Kinder unter 12 Jahren.

**Billet-Vorverkauf:** Zigarrenhandlung Krüger & Oberbeck, Kohlenmarkt 34 (am Stadttheater). Telephone 1645.

**Zigarren, Zigaretten**

**Kau- u. Schnupftabak** empfiehlt

**Eugen Sellin**  
 Danzig, Schüsselbamm 56  
 gegenüber der Bartholomäuskirche

**Friseur Schumacher,**  
 Heiligendammerweg Nr. 10.

Nach monatelanger Konfiskation wieder freigegeben!

**Die Nonne**

Ein Sittentoman aus dem Klosterleben von Denis Diderot. Wohl der berühmteste kulturhistorische Roman aller Zeiten. Nur eine Vektüre für gereifte Leser  
 Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Danzig, Paradiesgasse 32.

**Zeitungsträgerin für Elbing**

sofort gesucht. Zu melden bei P. Reimann, Reichnamstr. 118.

**Nicht zu übersehen!**  
 Jede Schuhmacherarbeit wird sauber schnell und billig ausgeführt.  
 Herrschaften 2 00 Mk., Damen-ladica 1,50 Mk., beste Haltbarkeit.  
 Frith Robaczek, Jungferngasse 30

**1912er Legehühner**

30L, Emballage, Fracht franko jeder Bahnstation unter Garantie lebender und gesunder Ankunft, mit arztl. Zeugnisse, gegen Voreinsendung des Betrages 13 Stück große, itäl. täglich Eier legende Hühner früher Brut, mit einem schönen Zuchthahn, die Farben nach Belieben, 30 Mk. Tafel-Rühmlich-Butter, täglich frisch, 10-Pfd.-Koll 9 Mk. Blumenbienenhonig, naturrein, 7. Brustleidende, 10-Pfd.-Dose 7 Mk., zur Probe 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig 7,50 Mk. Gänsefedern, sauneweich, Staub- u. Stiefel, mit ganzen Daunen, von der Gans gerupft, per Pfd. 2 Mk. Dieselben fein geschliffen, sehr füllkräftig, per Pfd. 3 Mk. Dauner-Flaumen, 3 Pfund genügend zum Oberbett, per Pfund 6 und 5 Mk.

**Ofias Sternieb,**  
 Ilustre H. 13 via Breslau.

Brennt  
**Brocks Kohlen-Anzünder.**

**Friseur**  
 Max Neumann, Schüsselbamm 18.

**Rohr-Stühle**  
 werden dauerhaft eingeflochten bei Eshardt, Schildb., Weinbergstraße 26, Hinterhaus.

**Ausgezeichnete Haare** und alte Zöpfe kauft und zahlt die höchsten Preise, auch Puppen-perücken und Haararbeiten werden gut und billig angefertigt.  
 P. Jilisch, Friseur, Englischer Damm 28.

**Friseur** Max Neubert, Nfo. Olivaerstr. 64